

**Aufwandsentschädigungssatzung
der
Gemeinde Schlepzig**

vom... 08.01.2015

Aufwandsentschädigungssatzung der amtsangehörigen Gemeinde Schlepzig des Amtes Unterspreewald

Aufgrund der §§ 3, 24, 28 Abs. 2 Nr. 9 und § 30 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07 [Nr. 19] S. 286) in der jeweils geltenden Fassung hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Schlepzig in ihrer Sitzung am *08.01.2015* folgende Aufwandsentschädigungssatzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die ehrenamtlichen Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse der Gemeinde Schlepzig sowie mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger und für sachkundige Einwohner.

§ 2 Grundsätze

- 1) Den Mitgliedern der Gemeindevertretung und dem ehrenamtlichen Bürgermeister wird zur Abdeckung des mit dem Mandat verbundenen Aufwandes als Auslagenersatz eine Aufwandsentschädigung gewährt.
- 2) Daneben wird den Mitgliedern der Gemeindevertretung, dem ehrenamtlichen Bürgermeister und den sachkundigen Einwohnern für ihre Teilnahme an Sitzungen ein Sitzungsgeld gewährt.

Es wird des Weiteren für die Protokollführung ein doppeltes Sitzungsgeld gezahlt.

§ 3 Zahlungsbestimmungen

- 1) Die Aufwandsentschädigung wird vierteljährlich zum Ende des laufenden Quartals gezahlt.
- 2) Die Zahlung entfällt mit Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet.
- 3) Wird ein Mandat für mehr als 3 Monate nicht ausgeübt, so ist spätestens ab dem 4. Kalendermonat die Zahlung der monatlichen Aufwandsentschädigung einzustellen.
- 4) Üben Vertreter ihr Mandat nicht aus, d.h. bleiben unentschuldigt der Gemeindevertretersitzung fern, wird die Zahlung der Aufwandsentschädigung für den entsprechenden Monat eingestellt.

§ 4

Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gemeindevertretung

Die monatliche Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Gemeindevertretung beträgt 50,00 €.

§ 5

Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister

- 1) Dem ehrenamtlichen Bürgermeister wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 350,00 € gewährt.
- 2) Dem Stellvertreter des ehrenamtlichen Bürgermeisters wird für die Dauer der Wahrnehmung der Funktion des Bürgermeisters ein Betrag von 175,00 € gewährt, sofern die Vertretung länger als vier Wochen andauert. Der Zeitpunkt der Verhinderung ist der Amtsverwaltung zeitnah mitzuteilen. Ist die Funktion des ehrenamtlichen Bürgermeisters nicht besetzt und wird sie deshalb von seinem Stellvertreter in vollem Umfang wahrgenommen, erhält dieser für die Dauer der Wahrnehmung den in Absatz 1 genannten Betrag.

§ 6

Sitzungsgeld für Mitglieder kommunaler Vertretungen

- 1) Die ehrenamtlichen Mitglieder der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse erhalten für jede Sitzung ein Sitzungsgeld von 13,00 € neben der vorgenannten Aufwandsentschädigung. Sitzungsgeld erhält auch der ehrenamtliche Bürgermeister..
- 2) Das gleiche Sitzungsgeld in Höhe von 13,00 € erhalten sachkundige Einwohner (§ 43 Absatz 4 Satz 1 BbgKVerf).
- 3) Sitzungsgeld wird nur bei Teilnahme an der Sitzung gezahlt.

§ 7

Verdienstausschlag

- 1) Die in § 2 Absatz 1 dieser Satzung Genannten haben auf Antrag gegen Nachweis Anspruch auf Erstattung von Verdienstausschlag. Selbständige und freiberuflich Tätige müssen den Verdienstausschlag glaubhaft machen.
- 2) Der Höchstsatz, welcher als Verdienstausschlag gewährt wird, beträgt 10,00 € je Stunde. Der Verdienstausschlag ist monatlich auf 35 Stunden begrenzt.

§ 8

Reisekostenentschädigung

- 1) Für Dienstreisen wird eine Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gewährt. Die Genehmigung für Dienstreisen erteilt die Gemeindevertretung.

- 2) Kosten für Fahrten zu Sitzungen von Gremien der Gemeinde Schlepzig werden nur dann erstattet, wenn die Grenzen des Wohnortes überschritten werden.

**§ 9
Inkrafttreten**

Diese Aufwandsentschädigungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2015 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Aufwandsentschädigungssatzung vom 14.03.2000 außer Kraft.

Golßen, 15. JAN. 2015



Kleine
Amtsdirektor